

EGON AUGUSTIN

Die Einheitsgewerkschaft im Spiegel der CDU

Eine eindeutige Stellungnahme der CDU zur Einheitsgewerkschaft liegt nicht vor. Dennoch dürften die folgenden Darlegungen die Auffassungen des größten Teiles der Partei wiedergeben. Als Beweis mögen viele Äußerungen repräsentativer Politiker der CDU dienen, und auch der Gesamttenor der Tagung der Sozialausschüsse der CDU in Herne vom Oktober 1955 kann als Unterlage der nachfolgenden Ausführungen herangezogen werden.

Loyalerweise muß man der CDU zubilligen, daß sie sich in ihrer Mehrheit und innerhalb der jüngeren Generation beinahe in ihrer Gesamtheit anläßlich der Gründung der Christlichen Gewerkschaftsbewegung jeglicher Kommentare enthalten hat, die gegen die Idee der Einheitsgewerkschaft gerichtet waren. Das geschah nicht, weil man mit allem Geschehen im DGB einverstanden war, sondern einmal aus der Gewißheit, daß die Einheitsgewerkschaft am besten die Interessen aller Arbeitnehmer zu vertreten in der Lage ist und zum anderen in der Würdigung der Tatsache, daß sich die Einheitsgewerkschaft große und unbestreitbare Verdienste um die Entwicklung unserer Wirtschaft und um die Demokratisierung unseres Volkes erworben hat. Aber gleichzeitig sei festgestellt, daß es auf die Dauer nicht genügt, immer nur zu betonen, daß die Einheitsgewerkschaft beibehalten werden muß, ohne den Mut zu finden, auch die Grundlagen zu schaffen, die die Voraussetzungen einer Einheitsgewerkschaft darstellen, nämlich eine echte Partnerschaft zwischen den vorhandenen Strömungen, insbesondere zwischen den sozialdemokratischen und christlich-demokratischen Kräften im DGB. Das bedeutet nichts anderes, als die Differenzen in den Auffassungen ausdiskutieren, ohne die Institution deshalb zu sprengen. Auch für die Einheitsgewerkschaft gilt das Grundprinzip jedes gesellschaftlichen Lebens, das mit den Worten *Moeller van den Brucks* umschrieben werden kann: '„Wir müssen die Kraft haben, in Gegensätzen zu leben.“

Es ist sehr einfach, ein Leben in der Problemlosigkeit zu führen. Wenn nichts mehr im Streit, wenn nichts mehr fragwürdig ist, dann ist dieser Zustand erreicht. Wir haben erlebt, wohin dies den Einzelmenschen und ein Volk führen kann: in die totale Widerstandslosigkeit gegenüber einer Gruppe oder durch „Separation der Separation“ in einen

Zustand gänzlicher Effektivlosigkeit der Verbändchen. Viele Menschen in Deutschland sind der merkwürdigen Ansicht, daß alles am besten geregelt sei, wenn es nur eine Meinung gäbe. Wir sollten nie vergessen, daß unser demokratisches System auf verschiedenen — auch gegensätzlichen Strömungen — beruht. Allerdings kann dieses System nur dann funktionieren, wenn alle Teile begreifen, daß sie die gleiche Verantwortung für die Gesamtheit haben. Dieses Prinzip wäre nach Ansicht der CDU mit aller Konsequenz auf die Einheitsgewerkschaft anzuwenden.

Die Einheitsgewerkschaft entstand nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 aus der Gewißheit, daß die unseligen Folgen von 1933 hätten verhütet werden können, wenn jene Einigung zustande gekommen wäre, die *Adam Stegerwald*, *Wilhelm Leuschner*, *Jakob Kaiser* u. a. damals gesucht hatten. Die Idee war ja nicht nur aus der Illegalität und der Not der Konzentrationslager des Dritten Reiches geboren, sondern wurde schon vor 1933 von weitschauenden Gewerkschaftsführern als eine rein verstandesmäßige Notwendigkeit gesehen, um die Solidarität der Arbeitnehmer herbeizuführen und politisch einen Hort demokratischen Gedankengutes im Kampf gegen alle radikalen Gruppen zu schaffen. Die Einheitsgewerkschaft war also primär eine *politische Idee* und erst an zweiter Stelle eine sozialpolitische-Zwecksetzung. Sich diese Erkenntnis ins Bewußtsein zu rufen ist außerordentlich wichtig, um die Schwierigkeiten zu verstehen, die sich zwangsläufig ergeben mußten, als die realpolitische Einheit wegfiel und nur noch die sozialpolitische Zwecksetzung vorhanden war.

Die politische Einheit wurde in jenem Moment gestört, in dem nach 1945 die Gründung der Parteien erfolgte. Die in der Illegalität geeinten Arbeiterführer schlossen sich den verschiedenen Parteien an. Der weitaus größte Teil fand in der SPD und CDU seine politische Heimat. Dadurch wurde aber nicht nur das politische Moment der Einheit gestört, sondern gleichzeitig auch ein echtes Spannungsfeld geschaffen, das zu einer Partnerschaft führen konnte, wie wir sie in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften bisher nicht erlebt hatten. Die Partnerschaft zwischen den sozialdemokratischen und christlich-demokratischen Kräften war das große Wagnis der Einheitsgewerkschaft. Sie konnte nicht einfach als Geschenk der Geschichte hingenommen werden, sondern stand gleichsam wie ein aus Nacht und Nebel kommendes Wesen, das — gejagt und unterdrückt — einem neuen Licht folgte, im Hause des DGB. Sowohl für die sozialistischen als auch für die christlichen Kräfte ging es darum, sich in diesem Hause einzurichten.

Aber schon bei der Inbesitznahme der neuen Wohnung zeigten sich starke Unterschiede in der Anteilnahme der zwei Gruppen. Während sich die sozialistischen Arbeitnehmer — wenn auch teilweise mit starkem Widerstreben — fast geschlossen dem DGB zur Verfügung stellten und sich aktiv an dem Geschehen beteiligten, konnte man dies bei der christlichen Arbeitnehmerschaft nicht in gleichem Maße feststellen. Wohl traten führende Männer wie *Karl Arnold* und *Jakob Kaiser* mit allen Mitteln, die ihnen zu Gebote standen, für die Mitarbeit der christlichen Arbeitnehmer im DGB ein. Es fanden sich auch christliche Persönlichkeiten, die neues Gedankengut, wie die Idee der betrieblichen Mitbestimmung, die im wesentlichen in den christlichen Gewerkschaften entstanden war, in die Einheitsgewerkschaft hineintrugen und die durch ihre Aktivität mithalfen, daß die klassenkämpferische Haltung der Richtungsgewerkschaften das Streben nach einer Partnerschaft nicht mehr auslöschen konnte. Aber der großen Zahl der ehemals freien Gewerkschaftsmitglieder und -funktionäre im DGB stand eine viel geringere Anzahl von Mitgliedern und Funktionären aus den früheren christlichen Gewerkschaften gegenüber. Als ein weiteres den christlichen Einfluß im DGB schwächendes Moment kann die zu starke Heranziehung ehemaliger christlicher Gewerkschafter zum öffentlichen Dienst angesehen werden. In gleicher Richtung wirkten die verschiedenartigen Situationen, in die CDU und

SPD gestellt waren. Die CDU bildete in den meisten Ländern und im Bund die Regierungen. Dadurch wurde wiederum ein großer Teil erfahrener christlicher Gewerkschafter absorbiert und fiel für hauptamtliche Posten im DGB aus.

So wurde der Einfluß christlicher Gewerkschafter im DGB in der entscheidenden Zeit, nämlich in der Periode des Aufbaues der Organisation und der Besetzung der Spitzenpositionen, über Gebühr geschmälert und eine Entwicklung eingeleitet, die das anfänglich vorhandene Spannungsverhältnis nicht in einem positiven Sinne zum Tragen kommen ließ. Betrachtet man rückschauend diese Gegebenheiten, so läßt sich nicht leugnen, daß ein gerüttelt Maß von Verantwortung für den bisherigen Gang der gewerkschaftlichen Dinge auf die christlichen Kräfte fällt, die an der Weiterentwicklung des DGB nicht mehr aktiv teilnahmen, wenn auch auf der anderen Seite gesehen werden muß, daß in der Tätigkeit ehemals christlicher Gewerkschafter in Parlamenten, Regierungen und Arbeitsämtern ein nicht unwesentlicher Beitrag für die Lösung gewerkschaftlicher Fragen geleistet wurde.

Der damals vom DGB eingeschlagene Weg wurde zu einem Führungsproblem, das sich heute in einem Mißverhältnis von sozialistischen und christlichen Spitzenfunktionären darstellt. Daß diese sich schon früh abzeichnende Diskrepanz erst relativ spät bemängelt wurde, lag in der überragenden Persönlichkeit von *Hans Böckler* begründet. Durch seine unbedingt gewahrte Neutralität in parteipolitischen Fragen konnte er sich das Vertrauen der christlichen Arbeitnehmer sichern. Dazu verstand er es, durch die Bildung des von christlichen und sozialistischen Persönlichkeiten besetzten sogenannten „Siebener-Ausschusses“ ein Forum zu schaffen, das in politischen und grundsätzlichen Fragen die gewerkschaftlichen Entscheidungen beeinflusste und dabei die Meinungen der Minderheiten berücksichtigte. Es wäre nicht soviel Zündstoff angesammelt worden, wenn man sich dieses Ausschusses häufiger bedient hätte.

Wenn der DGB die Möglichkeit wahrnimmt, sich eine Partei dienstbar zu machen, um bestimmte Fragen im Sinne der Arbeitnehmer zu lösen, so kann in diesem Verhalten kein Verstoß gegen den Grundsatz parteipolitischer Neutralität gesehen werden. Diese Einflußnahme ist vom DGB her gesehen lediglich eine Frage der Taktik. Wie die Parteien damit fertig werden, interessiert hier nicht.

Erfolgt der Versuch der Dienstbarmachung von einer Partei her, so entsteht eine ganz andere Situation. Daß dies geschah und in starkem Maße geglückt ist, beweist eine einfache Statistik der Parteizugehörigkeit der führenden Gewerkschafter und ein Vergleich der Äußerungen des DGB und der SPD in den letzten Jahren. Die häufige Verzahnung zwischen SPD-Parteimitgliedschaft und Führungspositionen im DGB wäre an sich nicht so gravierend, wenn sich SPD und CDU im politischen Raume nicht völlig auseinandergelebt hätten. Dadurch wurde das Vertrauen zwischen Mitgliedern beider Parteien, die gleichzeitig dem DGB angehörten, so sehr gestört, daß sie nicht mehr in der Lage waren, einen Trennungsstrich zwischen Partei und Gewerkschaft zu ziehen. Dieses Mißtrauen drohte zu einem Spaltungsgrund zu werden.

Wären die Führungspositionen des DGB einigermaßen paritätisch besetzt gewesen, dann hätten alle Beschlüsse gemeinsam gefaßt und die Standpunkte einander angenähert werden müssen. Die parteipolitischen Differenzen wären innerhalb des DGB nicht so schwer ins Gewicht gefallen, wie es tatsächlich der Fall ist. Die Machtverhältnisse im DGB sichern der SPD eine starke Einflußnahme. In der Einheitsgewerkschaft hätten gerade wegen der politischen Spannungen zwischen CDU und SPD andere Wege beschriftet werden sollen. Der Idee einer Einheitsgewerkschaft entspricht das Denken vom Ausgleich. Das ist zugleich demokratisches Denken. Zwingend folgt daraus, daß eine Führung des Ausgleichs die einzig mögliche Form einer Regierung der Einheitsgewerkschaft darstellt.

Die Ausführungen *Matthias Föchers* in Essen anlässlich des außerordentlichen Kongresses des DGB nach dem Tode Hans Böcklers scheinen uns richtungweisend für das Verhältnis von Parteien und Einheitsgewerkschaft zu sein. Sinngemäß führte Föcher dort aus, daß die Arbeiterfreundlichkeit einer Partei nicht zu beweisen wäre mit besonders gewerkschaftsfreundlichen Wahlaufufen, sondern daß es wesentlich mehr darauf ankomme, ob diese Partei geneigt sei, die Verpflichtungen der Einheitsgewerkschaft zur parteipolitischen Neutralität zu akzeptieren. Das heiße, daß die Partei, die sich hinsichtlich ihrer Einflußnahme auf die Gewerkschaften keinerlei Mäßigung auferlegt und die dadurch die Einheitsgewerkschaft in Gefahr bringt, im Letzten arbeiterfeindlich sei.

Wenn sich die politischen Parteien entschließen könnten, den hier vorgezeichneten Weg einzuschlagen, würden viele Störungen ausgeschaltet und der DGB könnte sich weit mehr und ungehinderter seinen eigentlichen Problemen zuwenden.

An dem Unterschied zwischen Idee und Wirklichkeit sollte man erkennen, daß der Ausgleich zwischen dem christlichen und sozialistischen Flügel im DGB nicht durch die Niegierung der beiden Strömungen herbeigeführt werden kann. Diese sind nun einmal vorhanden, und es besteht kein echter Grund, sie zu beseitigen. Man sollte nie versuchen, die Einheitsgewerkschaft auf eine Linie zu drängen, sondern gerade die Kräfte fördern, die auf einer innergewerkschaftlichen Diskussion bestehen. Zu einer fruchtbaren Diskussion gehört aber doch wenigstens eine in etwa gleichberechtigte Position der Gesprächspartner. Diese Forderung mag bei flüchtiger Betrachtung den Schein erwecken, es gehe hier um machtpolitische Vorteile der christlichen Arbeitnehmer. Das ist jedoch falsch. Wenn diese Forderung erfüllt wird, haben jene Gewerkschaftsmitglieder, die bisher auf Grund ihrer politischen Überzeugung — und das sind doch Leute aus dem Lager der CDU — inaktiv waren, keinen Anlaß mehr, die Sache des DGB nicht zu ihrer eigenen zu machen. Damit könnte man die Ressentiments ausschalten, die sich im Laufe der Entwicklung des DGB zu einer immer größeren Entfremdung zwischen Christen und Sozialisten auswuchsen. Diese Entfremdung kann unmöglich im Sinne der sozialistischen Gewerkschaftsführer liegen, denn dadurch werden weder die Schlagkraft noch die Solidarität der Arbeitnehmer gestärkt. An einer Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft und an einer Unterminierung des Einheitsgedankens können im Letzten nur totalitäre Kräfte Interesse haben. In dieser Sicht hat die Frage einer Partnerschaft zwischen christlichen und sozialistischen Kräften auch eine eminent staatspolitische Bedeutung.

So besehen ist es eine lebensnotwendige Aufgabe der Einheitsgewerkschaft, den Willen der Minderheit zu berücksichtigen und dieser Minderheit auch in der Führung einen wirklichen Schutz zu gewährleisten. Dieses Minderheitenproblem zu lösen, das gleichzeitig auch ein Führungsproblem darstellt, ist vorwiegend Aufgabe und Verantwortung des sozialistischen Teils des DGB.

Die christliche Arbeitnehmerschaft muß ihren Dornröschenschlaf beenden und sich aus dem Schmollwinkel herausbegeben. Nicht dadurch wird sie Einfluß auf die Politik des DGB erlangen, daß sie nur auf ihre Forderungen pocht, sondern durch aktive Mitarbeit und Mitverantwortung, die man ihr allerdings nicht wie bisher indirekt vorenthalten darf. Zum weiteren ist ihr durch die Gründung der „Christlichen Gewerkschaftsbewegung Deutschlands“ die Aufgabe der Erhaltung der Einheit zugefallen. Hier muß sich zeigen, daß auch den christlichen Gewerkschaftern die Einheit eine Bataille wert ist. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, und wenn man die Stellungnahmen christlicher Gewerkschafter und CDU-Politiker nüchtern aufnimmt, so wird der christlich-demokratische Teil der Arbeitnehmer sein Ja zur Einheitsgewerkschaft auch verteidigen. Diese Tatsache sollte man im DGB registrieren und seine Schlüsse daraus ziehen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Stellung der zentralen Schulungsstätte der christlichen Arbeitnehmerschaft. Das *Adam-Stegerwald-Haus* hat immer die Form der Einheitsgewerkschaft unterstützt. Auch neuerdings betonen Mitarbeiter und Freunde dieses Hauses, daß die über die Einheitsgewerkschaft geführten Klagen den Schritt der Separation nicht rechtfertigen können.

Der Gedanke der Rückkehr zu den Richtungsgewerkschaften birgt viel zuviel Restauratives und Unverdautes aus dem 19. Jahrhundert in sich, um sich christlichen Gewerkschaftern als Ausweg aus der jetzigen Situation anbieten zu können. Die Separation würde lediglich ein Gebilde schaffen, das mit den gleichen Problemen rechnen müßte, die — wenn auch mit anderer Akzentuierung — im DGB gegeben sind. Deshalb erscheint es sinnvoller, die vorhandenen Energien auf die Lösung der Differenzen innerhalb des DGB zu richten. Darüber hinaus würden bei einem tatsächlichen Fußfassen der Christlichen Gewerkschaft die Fronten sich verhärten und weit stärkere Bindungen an die politischen Parteien erfolgen. Der DGB würde als der verlängerte Arm der SPD abgestempelt, während die Christliche Gewerkschaft der CDU zugeordnet würde. Wie sich die Parteien dieser im politischen Vorfeld operierenden Truppen bedienen und welche Rolle letztere spielen würden, läßt sich nicht mit Sicherheit sagen.

Um die Gefahren für die Einheitsgewerkschaft zu bannen und die bestehenden Differenzen zu beseitigen, wäre die Aktivierung der christlichen Kräfte auf allen Organisationsstufen notwendig. Dazu würde auch das Streben nach angemessener Vertretung gehören. Würde diese Chance gegeben, wäre es ein Leichtes, durch Mitbeteiligung an Aufgaben und Verantwortung eine institutionell-funktionale Verzahnung zu schaffen, die dem Sicherheitsbedürfnis der Minderheit Rechnung trägt und gleichzeitig zur echten Partnerschaft der zwei großen Strömungen innerhalb des DGB führt. Der Standpunkt mancher der SPD nahestehender Kreise des DGB, daß das Ausscheiden einer Zahl christlicher Gewerkschafter billiger sei als die Rücksichtnahme auf die Forderungen der christlichen Arbeitnehmer, darf in der heutigen Situation als eine Bedrohung der Einheitsgewerkschaft nicht übersehen werden. Eine solche Haltung birgt die Gefahr, daß sie von der anderen Seite aufgenommen wird. Das wäre dann allerdings das Ende der Gewerkschaftseinheit.

Die Bildung einer christlichen Fraktion im Rahmen der Einheitsgewerkschaft ist satzungsmäßig nicht möglich und auch aus vielen anderen Gründen abzulehnen, nicht zuletzt deshalb, weil es einige Musterbeispiele dieser Art von Organisationen gibt, die nicht zur Nachahmung reizen. Die verantwortlichen Männer und Frauen, vornehmlich der sozialistischen Richtung, sollten jedoch nicht wie bisher jede Gruppenbildung argwöhnisch betrachten. Die Erfahrung lehrt, daß der einzelne in der Massengesellschaft dem Apparat der Verbände unterliegt, wenn ihm nicht das Recht zusteht, sich mit Menschen gleicher Gesinnung zu verbinden. Der Artikel 9 des Bonner Grundgesetzes sollte auch innerhalb der Einheitsgewerkschaft zur Anwendung gelangen.

In diesem Zusammenhang sollte sich die christlich-demokratische Arbeitnehmerschaft der Bedeutung des Adam-Stegerwald-Hauses in Königswinter erinnern. Eine verstärkte Nutzbarmachung dieser Schulungsstätte der christlichen Arbeitnehmerschaft ist um der Sache willen wünschenswert und sollte auch von den Verantwortlichen im DGB, gleich welcher Richtung sie angehören, mit dem nötigen Nachdruck empfohlen werden.

Diese Mittel allein bieten noch keine Gewähr für einen Erfolg. Dieser hängt weitgehend von der Gesinnung ab, die innerhalb des DGB vorherrscht. Erst die Verbundenheit von Christen und Sozialisten in einer annähernd gemeinsamen Werthaltung garantiert echte Einheit, die Spannungsfeld genug besitzt, um nicht im Konformismus zu ersticken.